



**Rolf Höfert**  
Geschäftsführer des Deutschen  
Pflegeverbandes (DPV)

## Editorial

### Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

Ich wünsche, dass Sie erholsame Osterfeiertage hatten. Die pflegerische Situation sieht allerdings nicht feierlich aus. Der im letzten Jahr von Bundesarbeitsminister Heil in Aussicht gestellte Flächentarifvertrag für die Pflegenden ist geplatzt. Der Tarifvertrag hätte für die nächsten Jahre gestaffelte Mindeststundenlöhne für die 1,2 Millionen Beschäftigten in der Altenpflege bedeutet.

Auch die vom Corona-Kabinett im Februar beschlossene Auszahlung von Corona-Prämien für den Krankenhausbereich sorgen für berechtigte Unruhe, da wiederum nur Klinikmitarbeiterinnen und Klinikmitarbeiter berücksichtigt werden sollen, die direkt mit COVID-19-Patienten beschäftigt waren.

Die verbindliche Umsetzung eines Personalbemessungsverfahrens für die stationäre Altenpflege scheint auch auf die lange Bank geschoben zu werden – für vier Jahre. Eine Roadmap zur Verbesserung der Personalsituation soll schrittweise umgesetzt werden. Hiermit sollen zusätzlich 20.000 Stellen für Pflegehilfs- und Assistenzpersonen geschaffen werden. Dringlich ist, dass in diesem Zusammenhang die Bundesländer die Qualifikation von Helfer- und Assistenzbildungen im Sinne der Generalistik und 2-jährig umsetzen.

Das Personalbemessungsinstrument PPR 2.0, erarbeitet und vereinbart vom Deutschen Pflegerat, der DKG und ver.di, wurde dem Bundesgesundheitsministerium 2020 zugeleitet und liegt in der Warteschleife. Diese Module zeigen, dass es im anstehenden Bundestagswahlkampf viel für die Pflege einzubringen gilt. Die Bundestagspetition „Pflege in Würde“ zeigt mit 328.000 Unterschriften die Unterstützung in den umfangreichen Forderungen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr



**Rolf Höfert**  
Geschäftsführer



## DPV-Mitgliederversammlung

Die **Mitgliederversammlung 2020** wird zusammen mit der **Mitgliederversammlung 2021** am **23.06.2021** von **11:00 bis 15:00 Uhr** in **Harztor/Ilfeld** durchgeführt.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese der epidemischen Lage als **Präsenz- oder Online-Veranstaltung** angepasst wird.

Ihr  
DPV-Vorstand

## Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Barmer-Branchenauswertung – Corona grassiert vor allem in Sozialberufen
  - Corona-Prämie darf sich nicht auf Klinikmitarbeiter beschränken
- 3 • Kampagne „DeutschlandErkenntSepsis“
  - Eine Viertelmillion Unterschriften an den Petitionsausschuss
- 4 • Vermittlung freiwilliger Helfer für Corona-Tests in Altenheimen wird zum Problem
- 5 • Online only: Kongress Pflege 2021
- 6 • Pflegedienst in Dessau kündigt Mitarbeiterinnen ohne Corona-Impfung
- 7 • Veranstaltungen
  - Jubilare
- 8 • DPV ganz nah

## Barmer-Branchenauswertung – Corona grassiert vor allem in Sozialberufen

(Berlin) In keiner anderen Berufsgruppe Deutschlands sind so viele Beschäftigte am Coronavirus erkrankt wie in der Altenpflege. Dies geht aus einem aktuellen Branchenvergleich der Barmer hervor. Dabei wurden die 20 Berufsgruppen mit den anteilig meisten Covid-19 Erkrankten ermittelt. So waren im vierten Quartal vergangenen Jahres 7,6 je 1.000 Barmer-versicherten Erwerbstätigen in der Altenpflege wegen einer Covid-19 Infektion krankgeschrieben. Nur knapp dahinter folgen Beschäftigte in Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe sowie Erwerbstätige in Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege mit jeweils 7,3 je 1.000 Betroffenen. „Corona grassiert vor allem in Sozialberufen. Deshalb ist es auch dringend erforderlich, dass sich die Beschäftigten konsequent impfen lassen, sobald sie an der Reihe sind und der Impfstoff verfügbar ist“, sagt Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer.

### Weniger Betroffene in Arztpraxen

Wie aus der Barmer-Branchenauswertung weiter hervorgeht, seien im vierten Quartal des vergangenen Jahres 5,5 je 1.000 Barmer-versicherten Beschäftigten in Arztpraxen wegen Covid-19 krankgeschrieben gewesen. Deutlich geringer seien die Covid-19 Fallzahlen dagegen in den Branchen, in denen der direkte Kontakt mit anderen Personen nicht immer zwingend erforderlich sei. Hier reichten die Zahlen von jeweils 4 je 1.000 Betroffenen in den Branchen Metallverarbeitung und Verwaltung bis hin zu 2,5 je 1.000 Krankgeschriebenen aus dem Bereich Werbung und Marketing. „Die Covid-19-Fälle sind in den Berufsbranchen geringer, in denen sich die Abstands- und Hygieneregeln tendenziell leichter einhalten lassen oder verstärkt Homeoffice möglich ist. Diese Maßnahmen sollten auch weiterhin bestmöglich umgesetzt werden“, so Straub. Massive Unterschiede zwischen den Berufs-

branchen gebe es aber nicht nur bei der Zahl der Barmer-Versicherten am Coronavirus Erkrankten, sondern auch bei der Dauer der Krankschreibungen. So seien im vierten Quartal des vergangenen Jahres an Covid-19 erkrankte Fahrzeugführer im Schnitt 17,8 Tage arbeitsunfähig gewesen. Bei Beschäftigten in Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe seien es 15,0 Tage gewesen und in der Altenpflege 14,9 Tage. Die geringsten Fehlzeiten hätten Covid-19-erkrankte Beschäftigte in Werbung und Marketing mit 12,7 Tagen sowie in Arztpraxen mit 12,1 Tagen. Bemerkenswert gering sei die durchschnittliche Krankheitsdauer in Arztpraxen, aber auch in den Pflegeberufen. Eine Ursache könne darin liegen, dass sie im Kampf gegen das Coronavirus an vorderster Front stünden und die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen schnellstmöglich wieder unterstützen wollten.

barmer.de

## Corona-Prämie darf sich nicht auf Klinikmitarbeiter beschränken

(Berlin) Zum Vorschlag der Bundesregierung für eine Corona-Prämie für das Krankenhauspersonal sagt Christine Vogler, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V.: „An sich ist eine Corona-Prämie ein Ausdruck der Wertschätzung für den außerordentlichen Einsatz der professionell Pflegenden. Von daher begrüßen wir die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vorgestellte Neuauflage der Corona-Prämie. Jedoch scheint der Bundesregierung ein einheitliches Konzept zu fehlen. Ist man im letzten Jahr mit den in Pflegeeinrichtungen Beschäftigten gestartet und hat bei den Klinikmitarbeitern aufgrund massiver Kritik nachgezogen, so soll jetzt die Prämie nur auf das Klinikpersonal begrenzt

werden, gestaffelt nach der Anzahl der an COVID-19 infizierten Patientinnen und Patienten. Das ist ein immenser Systemfehler. Er zeigt: Benötigt wird ein Gesamtkonzept, denn alle Pflegenden waren und sind von der Pandemie betroffen – in der direkten Versorgung der Patienten oder auch in der Versorgung potentiell infizierter Personen. Die Bundesregierung sollte aus den Fehlern des letzten Jahres lernen. Die Prämie muss allen professionell Pflegenden zukommen. Unabhängig davon, ob sie in Krankenhäusern, in Rehakliniken oder in den Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege arbeiten. Wichtig ist eine faire, schnelle und einfache Auszahlung. Beendet werden muss die Hängepartie der ers-

ten Corona-Prämie in den Krankenhäusern. Dabei gilt auch jetzt: Um die Pflege für die Zukunft zu stärken, ist eine angemessene Bezahlung deren Beschäftigten mehr denn je wichtiger als eine Prämie. Die Corona-Pandemie hat den Stellenwert der Profession Pflege für die Gesellschaft deutlich gezeigt. Das heißt, Politik, Kassen und Arbeitgeber müssen in die Pflege investieren, um attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Eine bessere Bezahlung wäre ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Zu prüfen wäre, ob die für die Corona-Prämie vorgesehenen Gelder ein guter Einstieg in eine dauerhaft bessere Vergütung sein könnten.“

deutscher-pflegerat.de

## Kampagne „DeutschlandErkenntSepsis“

(Berlin) Mit rund 75.000 Todesfällen pro Jahr ist die Sepsis, allgemein als Blutvergiftung bekannt, die dritthäufigste Todesursache in Deutschland. Trotzdem wird sie oft zu spät erkannt. „Die Symptome einer Sepsis frühzeitig zu erkennen und richtig einzuordnen, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung. Die Aufklärungskampagne des Aktionsbündnisses Patientensicherheit und seiner Partnerorganisationen halte ich für außerordentlich wichtig, sie kann ganz konkret Leben retten. Daher übernehme ich gern die Schirmherrschaft“, erklärt die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Prof. Dr. Claudia Schmidtke anlässlich des Starts der Kampagne. Bei einer Sepsis kommt es zu einer Überreaktion des Immunsystems auf eine Infektion, ursächlich sind meist Bakterien. Das Immunsystem bekämpft nicht nur die Erreger, sondern schädigt auch den Körper selbst. Innerhalb von Stunden können Kreislaufschock, Multiorganversagen und auch der Tod eintreten. Die Sepsis-Stiftung hat zudem kürzlich darauf hingewiesen, dass auch Patientinnen und Patienten mit einem schweren COVID-19-Krankheitsverlauf häufig von einer Sepsis betroffen sind. Die Symptome einer Sepsis ähneln häufig einem grippalen Infekt, daher wird sie oft nicht sofort erkannt. Patienten klagen beispielsweise über Unwohlsein, Abgeschlagenheit, ein starkes Krankheitsgefühl, Kurzatmigkeit oder Luftnot, Verwirrtheit, Schüttelfrost oder



Sepsis ist immer ein Notfall.

© shapecharge Getty Images iStock (Symbolbild mit Fotomodell)

hohes Fieber. Auch junge, eigentlich gesunde Menschen erkranken in nicht unerheblicher Zahl. „Jeder zweiter Sepsis-Fall tritt außerhalb des Krankenhauses auf. Es ist daher insbesondere vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie notwendig, das Bewusstsein für die Sepsis und ihre Warnzeichen in der Bevölkerung, aber auch beim medizinischen Fachpersonal weiter zu schärfen. Die Aufklärungskampagne kommt daher genau zur richtigen Zeit. Sie macht deutlich, worauf Patientinnen und Patienten achten sollen und dass sie bei Verdacht auf eine Sepsis unverzüglich medizinische Hilfe in Anspruch nehmen müssen“, betont die Pa-

tientenbeauftragte. Die Kampagne „Deutschland erkennt Sepsis“ wurde vom Aktionsbündnis Patientensicherheit gemeinsam mit der Sepsis-Stiftung, dem Sepsisdialog und der Deutschen Sepsis-Hilfe ins Leben gerufen. Ziel ist es, das Wissen über Sepsis und ihre Symptome in der Bevölkerung und bei medizinischem Personal zu verbessern. Weitere Informationen und konkrete Handlungsempfehlungen für Patientinnen und Patienten sowie Angehörige der Gesundheitsberufe stehen unter [deutschland-erkennt-sepsis.de](http://deutschland-erkennt-sepsis.de) zur Verfügung.

[patientenbeauftragte.de](http://patientenbeauftragte.de)

## Eine Viertelmillion Unterschriften an den Petitionsausschuss

(Hamburg) Am 11.02.2021 endete die Mitzeichnungsfrist für die vom STERN ins Leben gerufene Pflege-Petition „Gesundheitsreform für eine bessere Pflege zum Schutz der Pflegebedürftigen“ (Petition Nr. 117906). Mehr als eine Viertelmillion Unterschriften übergab Petent und STERN-Autor Dr. Bernhard Albrecht bei einem offi-

ziellen Termin an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags. Entgegenommen wurden die Listen von Vertretern des Petitionsausschusses, darunter Vorsitzender Marian Wendt (CDU/CSU), die stellvertretende Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich (SPD), die Obfrauen Kerstin Kassner (Die Linke) und Co-

rinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Obmann Manfred Todtenhausen (FDP). Mehr als 200.000 digitale Unterschriften zählte die Petition; die Auszählung der postalisch eingesendeten Unterschriftenlisten dauerte, insgesamt hatten mehr als eine Viertelmillion Bürgerinnen und Bürger die Petition mitgezeichnet. Arzt, STERN-

Reporter und Petent Dr. Bernhard Albrecht: „Der erste Etappensieg ist dem STERN gelungen; wir haben eine gewaltige Öffentlichkeit für die Forderungen hinter uns. Jetzt aber ist die Verantwortung groß: Die Menschen da draußen erwarten, dass sich nach Jahrzehnten des Stillstands was tut, dass endlich ein Systemwechsel eingeleitet wird.“

### Pflegen in Würde

Marian Wendt, CDU, Vorsitzender des Petitionsausschusses: „Die Petition ist ein Ausdruck von bürgerschaftlichem Engagement, von Menschen, die sich gerade für das Thema Pflege interessieren. Dass sich die Politik dieses Themas weiter sehr stark annehmen muss, das ist ganz klar. Ich freue mich und danke mich dafür, dass so viele Menschen diesen Weg genommen haben, sich an den Petitionsausschuss zu wenden. Jeder fragt sich: Werden meine Angehörigen gut versorgt? Werde ich mal gut versorgt? Deswegen will man

jetzt etwas tun, um auch die Situation perspektivisch zu verbessern. Dahinter stehen viele, die sagen, die Pfleger leisten einen so tollen Job, gerade im ersten Lockdown.“ Martina Stamm-Fibich, SPD, stellvertretende Ausschussvorsitzende und Mitglied im Gesundheitsausschuss: „Die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer der Petition verdeutlichen das große Interesse an der Pflege und zeigen, welchen Stellenwert die Pflege und eine gute Gesundheitsversorgung in unserem Land haben. Das Thema Pflege berührt sehr viele Menschen. Diejenigen, die in der Pflege und in deren Umfeld tätig sind, wissen, dass es Veränderungen braucht. Und diejenigen, die selbst auf Pflege angewiesen sind, möchten, dass ordentliche Arbeitsbedingungen herrschen und die Finanzierung gesichert ist. Dieses System mit Stückwerk zu reparieren, wie bislang geschehen, wird nicht funktionieren. Mit der Petition zeigt sich der tiefe Wunsch, dass grundsätzliche Veränderungen folgen

müssen.“ Die Forderungen der Pflegepetition lauten: Mensch vor Profit. Für eine Pflege in Würde.

1. Mehr Zeit für Patient\*innen. Verlässliche Arbeitszeiten. Entlastung von Bürokratie. Personalschlüssel nach echtem Bedarf. Sofortiges Handeln bei Unterbesetzung
2. Aufwertung des Berufsbildes: höhere Gehälter, Zulagen und Entlohnung von Weiterqualifizierung. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten an Patient\*innen. Bessere Karrierechancen
3. Konsequente Abkehr von Profitdenken und ökonomischen Fehlanreizen durch eine echte Gesundheitsreform

[stern.de/pflegepetition](http://stern.de/pflegepetition)

## Vermittlung freiwilliger Helfer für Corona-Tests in Altenheimen wird zum Problem

(Berlin) Mitte Januar hatte die Bundesregierung die Landkreise in Deutschland dazu aufgerufen, Personal für das Durchführen von Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen zu gewinnen. Die Landräte waren aufgefordert, den Bedarf an Personal bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu melden, diese wiederum richtete extra eine Hotline für Bewerber ein. An diesen mangelt es auch nicht. Auf Anfrage von Business Insider teilte die BA mit, dass seit Start der Hotline am 25. Januar bereits 5.600 Anrufe bei dieser eingegangen seien. „Von 2.374 Personen konnten Bewerberdaten aufgenommen werden“, so eine BA-Sprecherin. „Wir haben 2.518 Bewerberdaten an 123 Kommunen übermittelt.“ Die Zahl übersteige die Gesamtmenge der Bewerber, weil sich einige von diesen für mehrere Kommunen gemeldet hätten. Schnelltester zu

finden, ist also offenbar kein Problem. Das Problem ist ihre Vermittlung.

### Datenschutz und mangelnde Digitalkompetenz

Wenn es nach der Bundesagentur für Arbeit ginge, würde die Vermittlung komplett digital stattfinden. Per Mail könnten Bewerberdaten zwar nicht verschickt werden, heißt es auf Nachfrage, aus Datenschutzgründen. Allerdings verfüge die BA über Voraussetzungen für eine sichere digitale Übermittlung. Über die entsprechenden sicheren digitalen Schnittstellen verfügen offenbar aber kaum Kommunen in Deutschland. Bei 123 Kommunen sei nur in vier Fällen der digitale Weg möglich gewesen — „in allen anderen Fällen müssen die Daten per Post zugestellt werden“. Bei der Einstellung von Schnelltestern für die vom Coronavirus besonders heftig

betroffene Alten- und Pflegeheime werden so wertvolle Tage verschenkt. Und das nicht zum ersten Mal in diesem Zusammenhang. Bis zum Aufbau der aus neuem Personal gewonnenen Corona-Schnelltest-Truppe bot der Bund den Landkreisen die Hilfe von Bundeswehrsoldaten an. Fast eine Woche nach dem Angebot Mitte Januar waren beim Kommando Territoriale jedoch kaum Anträge auf Amtshilfe eingegangen. Erst ein Aufruf von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer schaffte Abhilfe: Zum Monatswechsel waren 140 Amtshilfeanträge bewilligt und knapp 2.200 Bundeswehrsoldaten als Schnelltester im Einsatz. Diese könnten nun bald durch neu eingestelltes Personal abgelöst werden. Wenn das mit der Vermittlung klappt.

[businessinsider.de](http://businessinsider.de)

Online only

## Kongress Pflege 2021

Politik im engagierten Gespräch mit der Pflege – das hat Tradition beim Kongress Pflege von Springer, der in diesem Jahr vom 28. Januar bis 19. Februar 2021 erstmals digital stattfand.

Zum Auftakt diskutierten Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (per Video) mit Vertretern der Profession Pflege: Zugeschaltet waren der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, Sabine Brase, Pflegedirektorin am Klinikum Darmstadt, und Dr. Gerald Gaß, designierter Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft e.V., vor Ort war auch Christine Vogler, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegeverbandes e.V. Moderiert wurde die Eröffnung von Prof. Heinz Lohmann.

### Pflege ist die soziale Frage der 2020-er Jahre

Die schwierige Lage der professionellen Pflege hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. Reagiert nun die Politik mit weiteren Reformen? Mit der Konzertierte Aktion Pflege – vor zwei Jahren von der Bundesregierung gestartet – seien schon viele Schritte in Richtung Fachkräftesicherung gemacht: „Die Pflegemindestlöhne steigen, nicht nur für Pflegehilfskräfte,

sondern ab Juli 2021 erstmals auch für Pflegefachkräfte“, betonte Heil. „Nun ist es endlich gelungen, dass die Mindestlöhne in Ost und West angeglichen sind.“ Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie: „Ein großes Ziel ist es, dass bis 2023 mindestens 10 Prozent mehr Ausbildungsplätze in der Pflege hinzukommen.“ Schon im Schuljahr 2019/2020 haben 57.000 Personen eine Ausbildung in der Pflege angefangen, das sei eine Steigerung von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zudem sei das Schulgeld abgeschafft und alle Auszubildenden haben Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung. „Ich bin zudem sehr stolz, dass jetzt die neu eingeführte hochschulische Pflegeausbildung starten kann“, so die Familienministerin. „Das ist eine große Chance, um auch jungen Menschen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten in der Pflege aufzuzeigen.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn meldete sich per Videobotschaft zu Wort. „Wir haben zusätzliche Stellen in der Pflege geschaffen: nach den 13.000 weiteren Stellen für Pflegefachpersonen noch einmal zum 1. Januar

2021 bis zu 20.000 neue Stellen für Pflegehilfskräfte in der vollstationären Altenpflege.“ Spahn verwies darauf, dass Pflege die soziale Frage der 20er-Jahre sei und dass noch in diesem Jahr eine Pflegereform auf den Weg gebracht werden solle, um die Verbesserungen in der Pflege zu finanzieren.

Bis zum 19. Februar 2021 besuchten 7.000 Teilnehmende die insgesamt 17 Live-Webinare. Die Themen drehten sich um digitale Entlassung, digitales Lehren und Lernen sowie digitale Pflegeprozessdokumentation.

### Ethische Fragen im Mittelpunkt

Schwerpunktmäßig ging es natürlich auch um die Covid-19-Pandemie. Dürfen an Covid-19 erkrankte Pflegefachkräfte Patienten versorgen? Welche schwerkranken Patienten bekommen eine intensivmedizinische Behandlung und welche nicht? „Die jetzige Pandemie-Situation bedeutet juristisch gesehen einen rechtfertigenden oder sogar übergesetzlich entschuldigenden Notstand. Da ist es erlaubt, solche Fragen zu stellen und Rechtsgüter – im Zweifelsfall Leben gegen Leben – gegeneinander abzuwägen“, erläuterte Dr. Tobias Weimer, Fachanwalt für Medizinrecht in Bochum. Über rechtliche Besonderheiten in der pandemischen Lage wurde am 11. Februar in einem Live-Webinar des Deutschen Pflegeverbandes im Rahmen des Kongresses Pflege 2021 berichtet. Dr. Markus Schimmelpfennig, Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen, Krankenhaushygiene aus Kassel sprach über die Anforderungen an die Hygiene in Zeiten von Corona.

Alle Live-Webinare wurden aufgezeichnet und sind kostenfrei unter [www.gesundheitskongresse.de/berlin/2021](http://www.gesundheitskongresse.de/berlin/2021) abrufbar.



Eröffnungsveranstaltung: Prof. Heinz Lohmann, Christine Vogler, Franziska Giffey und Hubertus Heil

[gesundheitskongresse.de](http://gesundheitskongresse.de)

## Ambulante Pflege

# Pflegedienst in Dessau kündigt Mitarbeiterinnen ohne Corona-Impfung

Mitarbeitern eines Pflegedienstes wurde gekündigt, weil sie sich nicht gegen Corona impfen lassen wollten. Arbeitsrechtler gehen davon aus, dass eine Klage dagegen Erfolg haben könnte.

Sieben Mitarbeiterinnen eines Pflegedienstes aus Dessau wurde gekündigt, weil sie sich nicht gegen Corona impfen ließen. Der Betrieb will seine Patienten nur noch von geimpften Mitarbeitern versorgen lassen. „Uns wurde ein Ultimatum von drei Tagen gestellt und es war 12 Uhr. Kurz nach 12 haben wir schon die Kündigung erhalten“, sagt eine der gekündigten Mitarbeiterinnen gegenüber dem MDR Sachsen-Anhalt. Sie und sechs Kolleginnen haben ihren Job bei einem Dessauer Pflegedienst verloren, weil sie sich nicht gegen Corona impfen lassen wollten. Einige von ihnen sprachen mit dem MDR. Ihre Namen wollen sie nicht nennen, wichtig ist ihnen jedoch: Sie seien keine Impfgegner. „Ich werde mich definitiv gegen Corona impfen lassen, ich wollte einfach nur ein bisschen Bedenkzeit“, sagte eine der Frauen MDR. „Ich lasse mich auch impfen, aber ich entscheide selbst, wann es so weit ist“, eine andere. Sie alle hätten alle empfohlenen Grundimpfungen. Eine Impfpflicht gibt es außer gegen Masern nicht, trotzdem kamen nun die Kündigungen – bei einigen fristgerecht, bei anderen fristlos.

### Alle anderen Mitarbeiter sind jetzt geimpft

Rene Willmer von der Geschäftsführung des Pflegedienstes kann das Zögern seiner ehemaligen Mitarbeiterinnen nicht nachvollziehen. Er und die verbliebenen 24 Kolleginnen und Kollegen haben sich mittlerweile impfen lassen. Denn ab 1. März wollten sie keine Patienten mehr von ungeimpftem Personal versorgen lassen. „Ich denke, jeder, der in der Pflege arbeitet, sollte so viel Verstand haben, dass er weiß, dass das im Endeffekt wichtig ist und dass man das machen muss“, sagte er dem Fernsehsender. Einige der Frauen

überlegen, gerichtlich gegen ihre Kündigung vorzugehen. Arbeitsrechtler gehen davon aus, dass Angestellte, die sich nicht gegen Corona impfen lassen wollen, durchaus mit einer Klage Erfolg haben könnten. So sagte Johannes A. Menke, Fachanwalt für Arbeitsrecht aus Halle, dem MDR Sachsen-Anhalt: „Nach meinem Dafürhalten können es die Arbeitgeber nicht verlangen. Da wird sanfter Druck ausgeübt, dass gesagt wird: Wir wollen personenbedingte Kündigungen vermeiden, deshalb lassen Sie sich doch bitte impfen. Aber vor Gericht würde so eine Kündigung auf äußerst wackligen Füßen stehen.“ Auch dass ungeimpfte Arbeitnehmer nicht mehr einsetzbar wären, glaubt der Anwalt nicht. Es gäbe schließlich Schnelltests und bisher habe es mit diesen auch geklappt. „Deshalb ist nicht einzusehen, wenn es keine Impfpflicht in Deutschland gegen Corona gibt, dass dann die Arbeitgeber mit Kündigung drohen“, so Menke.

### Impfpflicht vom Land nicht geplant

An eine Impfpflicht wird von der Landesregierung in Sachsen-Anhalt nicht gedacht. Die Impfbereitschaft unter den Medizinberufen sei viel höher als angenommen, so Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne. „So dass ich zu einer Impfpflicht erst dann kommen würde, wenn es wirklich nachhaltig keine Impfbereitschaft unter dem Pflegepersonal gibt. Aber erfreulicherweise, gerade auch in unserem Bundesland, bekomme ich eine Impfbereitschaft von bis zu 75 Prozent gespiegelt.“

Die AfD kündigte an, das Thema im Sozialausschuss des Landtages anzusprechen. Ulrich Siegmund, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion, sagte: „Diese Entlassun-



© froxx / iStockphoto

gen sind ein Skandal.“ Vor einer Impflicht durch die Hintertür habe die Partei immer gewarnt.

Wenn es wegen Streit um die Impfung zu einer Abmahnung oder Kündigung kommt, empfiehlt Arbeitsrechtler Menke, sich gerichtlich zur Wehr zu setzen. „Gegen Kündigung muss man innerhalb von drei Wochen klagen, sonst wird sie automatisch wirksam“, sagte er. Die beim Dessauer Pflegedienst gekündigten Frauen wollen jedoch eher nicht zurück zu ihrem alten Arbeitgeber. Die meisten haben bereits mehrere andere Jobangebote bekommen.

mdr.de

## DPV Mitgliederdialog

### Online-Veranstaltung

28. April 2021  
18:00 bis 20:00 Uhr

### Thema:

- Corona-Pandemie und die Pflege – Erfahrungsaustausch und was wir besser machen können

Die Teilnahme ist **kostenfrei**.

Anmeldungen bitte per E-Mail an:  
Deutscher Pflegeverband e.V.  
info@dpv-online.de

## APS Jahrestagung 2021

### Online-Veranstaltung

29. bis 30. April 2021

### Eckpunkte:

- \_ Neue Ergebnisse aus den APS-Arbeitsgruppen
- \_ Vorstellung der Sepsis-Kampagne

\_ Bekanntgabe der Gewinner des Deutschen Preises für Patientensicherheit und des Nachwuchsförderpreises 2021.

### Preise:

APS-Mitglieder: 75 €  
Studenten und Patientenvertreter: 44 €  
Nicht-Mitglieder: 150 €

### Info:

Frau Dagmar Lüttel  
Tel 030 – 36 42 81 62 6  
luettel@aps-ev.de  
aps-ev.de

## 10. Konsensus-Konferenz in der Pflege des DNQP

### Förderung der Mundgesundheit

28. Mai 2021  
in der OsnabrückHalle, Osnabrück

### Themen:

- Entwicklung, Konsentierung, Implementierung und Aktualisierung evidenzbasierter Expertenstandards

- Beforschung von Methoden und Instrumenten zur Qualitätsentwicklung und -messung

### Anmeldung:

Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP)

Albrechtstr. 30  
49076 Osnabrück  
Telefon: 0541.96 92 00 4  
Email: dnqp@hs-osnabrueck.de

**Info:**  
dnqp.de

## Jubilare 04/2021

### 55 Jahre

Höfert, Rolf, Neuwied

### 35 Jahre

Hesse, Ina, Bodenheim  
Krüger, Michael, Bad Schwalbach  
Lohmann, Henriette, Frankfurt  
Fiedler, Lutz-Volker, Hofheim  
Kappl, Hiltrud, Mainz  
Müller, Eva, Alsenz

### 30 Jahre

Schwab, Robert, Petersberg

Knop, Esta, Crossen  
Möhrstedt, Ute, Mühlhausen  
Koch, Robert, Salmthal  
Wildangel, Heike, Hasselbach  
Schulz, Iris, Zierenberg / Oberelsungen  
Biel, Klaus-Peter, Unnau-Stangenrod  
Lackas, Christina, Büttelborn

### 25 Jahre

Winkler, Lanie, Nohfelden  
Edeling, Odelinde, Frankfurt-Höchst



**Wir bedanken uns für Ihre Treue!**

### 20 Jahre

Schwab, Hartmut, Fulda  
Burkert, Uwe, Falkenstein  
Hindelang-Lussier, Silvia, Siebeldingen  
Prinzen, Barbara, Dorsten  
Buch, Stefan, Dienheim  
Borchert, Rosemarie, Saulheim  
Ochse, Markus, Bad Wildungen

## DPV

### Hauptgeschäftsstelle

Mittelstraße 1  
56564 Neuwied  
Tel.: 0 26 31/83 88 -0  
Fax: 0 26 31/83 88 -20  
info@dpv-online.de  
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:  
User: **Mitglied**  
Kennwort: **Pflegeleistung**  
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.



[twitter.com/DPV\\_Pflege](https://twitter.com/DPV_Pflege)  
[facebook.com/pflegeverband](https://facebook.com/pflegeverband)

## Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

## Fordern Sie Infomaterial an!

### DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, Ev. Krankenhaus  
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH  
Herzbergstr. 79  
10365 Berlin  
Tel.: 030/5472-2110  
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

### DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Sabine Hindrichs  
sabine@hindrichspflegeberatung.de

### DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ivonne Rammoser  
m&i-Klinikgruppe Enzensberg  
Leitung Marketing/Kommunikation  
Höhenstraße 56  
87629 Hopfen am See/Füssen  
Tel.: 08362 12-4142  
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

### DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, EKH,  
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin  
Tel.: 030/54722110

kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

### DPV Service-Point Nord Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Olaf Mehring  
Tel.: 0511/54559150  
dpv-servicepoint-nord@dpv-online.de

### DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Annemarie Czerwinski  
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt  
Tel.: 069/761904  
amalee@t-online.de  
Wichtig: Bitte bei Anfragen als Betreff „DPV-Anfrage“

### DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Karl Heinz Heller  
khheller@gmx.de

### DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Stephan Kreuels  
Rechtsanwaltskanzlei  
Coerdeplatz 12, 48147 Münster

Tel.: 0251/9320 5360  
kreuels@juslink.de

### DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ilona Groß  
ilonagross@web.de

### DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Melitta Daschner  
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler  
Tel.: 06858/8162  
Mobil: 0172/6844901

### DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Martina Röder  
Tel.: 036331/35101  
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



## Impressum

### Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)  
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied  
Tel.: 02631/8388-0  
Fax: 02631/8388-20  
www.dpv-online.de  
info@dpv-online.de

### PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV  
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE  
www.springerpflege.de

### Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH  
Heidelberger Platz 3  
14197 Berlin

### Druck

Druckpress GmbH  
Hamburger Straße 12  
69181 Leimen